

Inhalt:

Das NGO orchestrierte Migrations-Chaos
Titelseite

Einschränkung der Krankenversicherung
für Asylbewerber

Schweizer «Gotteskrieger» im Abwind?
Seite 2

Eritreer machen Ferien im Heimatland
Seite 3

Pikom-News
Seite 4

Endlich (minimale) Verschärfungen bei
Einbürgerungen!

CIA: Vor türkischem Bürgerkrieg in Deutschland?
Seite 5

Unser Wille zur Selbstbehauptung ist
geschwunden
Seite 6

Tatsachen.
Seite 7

«Istanbul ist der passende Ort für
diese Konferenz»
Seite 8

Nr. 3/2017

PIKOM

PARTEIUNABHÄNGIGES INFORMATIONSKOMITEE

INFO

Das NGO orchestrierte Migrations-Chaos

Von Dr. rer. publ. HSG Rolando Burkhard, Bern

Fast wöchentlich werden vor der libyschen Küste tausende von vorweg afrikanischen Migranten «in Seenot gerettet». Von den bewusst seeuntüchtigen Schlauchbooten der Schlepper auf ihre Reise geschickt, werden sie, kaum in See, in seetüchtige Schiffe umgeladen und sicher an Italiens Küsten gebracht. Letztes Jahr waren es um die 180'000, dieses Jahr dürften es weit über 200'000 sein, Tendenz rapid steigend. In Italien verbleiben die wenigsten lange. Die heiss ersehnten Enddestinationen der Migranten liegen etwas nördlicher, wo zwar ebenfalls kaum eine Chance auf Akzeptanz und Arbeit besteht, aber weitaus grosszügigere Aufnahme- und Aufenthaltsbedingungen winken. Dafür zahlen auch wir in der Schweiz riesige Summen.

Warum werden die geschleppten Migranten denn auf See «gerettet»?

Gemäss Seerecht sind Schiffe verpflichtet, in See- oder gerateten Personen Hilfe zu leisten. Die Geret-

teten müssen an einen sicheren Ort gebracht werden, will heissen in den nächstmöglichen sicheren Hafen. Bei den vor der libyschen Küste «Geretteten» wären das die libyschen Abgangshäfen, allenfalls Tunesien oder Malta. Aber nein: Sämtliche Migranten werden an die 275 Seemeilen von Tripolis entfernten Küsten Italiens gebracht, an das Eingangstor der Wunschdestinationen der Migranten. «Gerettet» werden nota bene offenbar nicht nur Ertrinkende. «Seenot» verlange keine «unmittelbare Gefahr für Leib und Leben», es genüge die «Aussicht einer Gefahr» (so die Sprecherin der Nichtregierungsorganisation (NGO) «Sea-Watch» Sacha Ockenden gemäss Weltwoche Nr. 29.17).

Wer «rettet» und transportiert denn diese Migranten?

In internationalen Gewässern (ab 12 Seemeilen von der libyschen Küste) sind es zumeist Schiffe der italienischen Marine, anderer EU-Staaten und der italienischen Küstenwache – weil sie es gemäss Seerecht tun müssen. Aber in unmittelbarer Küstennähe zu Libyen oder gar erwiesenermassen sogar schon illegalerweise in libyschen Hoheits-

gewässern sind es sehr oft die Schiffe von sogenannten Nichtregierungsorganisationen (NGOs) – weil diese es **so wollen**. Darunter Organisationen wie «Save the Children», «Médecins sans Frontières» oder «Migrant Offshore Aid Station». Auf die vielen Schiffe privater Hilfsorganisationen entfallen mittlerweile 35 Prozent aller Migranten, die nach Italien gebracht werden. Es bestätigen sich zudem zusehends Berichte, wonach diese Organisationen für den «Taxi-Service» direkt mit den libyschen Schleppern zusammenarbeiten oder gar von diesen bezahlt werden.

Die unbeschreibliche Arroganz dieser NGOs

Diese NGOs berufen sich – soweit man sie dafür kritisiert – arrogant auf eine Art selbstdefinierten humanitären Auftrag. Allerdings besteht dieser Auftrag nach ihrer Ansicht offenbar lediglich darin, die illegalen Migranten mithilfe der libyschen Schlepper (manchmal von diesen telefonisch oder mit Lichtsignalen vorangemeldet) illegalerweise in libyschen Küstengewässern zu suchen und dort aufzugreifen, um sie dann für den Weitertransport baldmöglichst an die reguläre Marine zu übergeben oder selber nach Italien zu bringen. Ab dort interessiert diese ach so menschenfreundlichen NGOs das Schicksal ihrer «Geretteten» keine Spur mehr. Dafür soll dann vorerst Italien schauen, sodann sollen die Enddestinationen der Migranten sorgen. Kein Wunder, dass sich Italien überlegt hat, die Schiffe der NGOs nicht mehr landen zu lassen.

Wie finanzieren sich diese NGOs für ihre Tätigkeiten?

Soweit ersichtlich, finanzieren sich die NGOs vorweg aus privaten Spenden, jedenfalls sagen sie das. Dagegen ist nichts einzuwenden. Es steht jedermann frei, bedingungslos und ohne Nachfrage nach dem Verwendungszweck für Hilfswerke und



Bild zvg

NGOs zu spenden. Ob dann damit auch zweifellos unerwünschte Tätigkeiten wie das Einschleusen illegaler Migranten mitfinanziert wird, kann der Spender allerdings nicht überprüfen.

Das Spenden für Hilfswerke und NGOs ist eine persönliche Angelegenheit jedes einzelnen und hat mich selbstverständlich überhaupt nicht zu interessieren. Aber es geht mir um anderes: Die NGOs kriegen dazu auch recht ausgiebig staatliche Gelder. Bei der faktisch in die mutmassliche Mithilfe zur Schlepperei involvierten Organisation «Médecins sans Frontières» (Schweizer Sektion) sind es zum Beispiel (2015) 8 %. Das sind bei einem Budget von 206 Millionen Franken immerhin 16 Millionen, die wir als Steuerzahler (wohl über das DEZA-Budget oder sonstwie) zu berappen haben.

Einmal hier, bleiben sie hier, seien es Flüchtlinge oder nicht

Die via Mittelmeer zu uns gelangende afrikanische Armutsmigration (die überhaupt nichts zu tun hat mit den Flüchtlingen aus Syrien etc.) überschwemmt Europa, insbesondere auch die Schweiz. Das sind Fakten. Da nützt es nichts, wenn uns Sommarugas EJPD dauernd beschwichtigend mitteilt, die Anzahl Asylgesuche sei seit letztem Jahr etwas zurückgegangen und man die übrigen Zahlen verschweigt. Denn ob Asylant oder nicht, hier bleiben kann faktisch jedermann, da Italien nur zögerlich illegal Eingereiste zurück nimmt und Rückschaffungen in die Heimatstaaten meist aussichtslos sind. Ob die illegalen Migranten als Asylgesuchsteller, als Flüchtlinge, als «vorläufig Aufgenommene» oder sonstwie deklariert (aber statistisch versteckt) werden, spielt keine Rolle. So oder so belasten sie praktisch allesamt unser grosszügiges Sozialhilfesystem, da sie praktisch allesamt nicht integrierbar sind und kaum je Arbeit finden. Die Resultate solcherlei Migrationspolitik entdecken wir, diskret verpackt (aber nur wenn wir etwas nachforschen), nur in den Sozialhilfe- und Kriminalstatistiken.

Einschränkung der Krankenversicherung für Asylbewerber



Von
Sylvia Flückiger
Nationalrätin und
Vizepräsidentin
PIKOM,
5040 Schöftland AG

Nationalrätin Sylvia Flückiger, Vizepräsidentin des PIKOM, hat den Bundesrat in einer Motion eingeladen, endlich zu handeln. Diverse Vorstösse in der Angelegenheit Krankenkassen (KK)-Prämien sind bis anhin an der roten Mehrheit im Bundesrat und Parlament gescheitert. Hier der Originaltext in Sachen (Einschränkung) der Krankenversicherung für Asylbewerber:

Der Bundesrat wird gebeten, die nötigen Schritte einzuleiten, damit Personen mit ungeklärtem oder provisorischen Aufenthaltsstatus, zum Beispiel Asylsuchende, Illegale und weitere, in einer «Krankenversicherung light» mit angepasstem Grundleistungskatalog versichert werden können. Diese

«Krankenversicherung light» soll durch Bundesgelder finanziert werden, im Rahmen der gesprochenen Asylkredite.

Zur Info: Gleichzeitig empfiehlt das Bundesamt für Sozialversicherung (BSV) die Anhebung der Selbstbehalte und Franchisen bei den KK. Insbesondere sollen die Bezahler von erhöhten Franchisen durch massive Prämienhöhung doppelt «bestraft» werden. Oder noch einfacher: die Eidgenossen bezahlen Franchisen, Selbstbehalte in immer höheren Summen. Für 2018 sind in der Grunddeckung Fr. 350.– vorgesehen und ein Jahr später Fr. 400.– Zur Förderung von mehr Eigenverantwortlichkeit! Das ist geradezu ein Hohn, angesichts der Leistungen bei den Asylbewerbern! Jeder Asylant ist frei von irgendwelchen Selbstbeteiligungen und bezieht alle Leistungen der KK ohne Einschränkung! Ohne Selbstbeteiligung, nichts! Weil Bund, Gemeinde oder Kanton (je nach Aufenthaltsstatus) die KK Prämien bezahlen! Die umfangreiche KK Versicherung schafft Anreize, die ins Uferlose führen! Ein Aufschrei müsste durchs Land gehen. Aber nichts rührt sich. Mit der Ausgliederung der Illegalen und Asylanten in eine separate KK Versicherung, würde die nötige Transparenz in Sachen Kosten hergestellt. Wir sind gespannt auf den Entscheid des Bundesrates.

Schweizer «Gotteskrieger» im Abwind?

Von Dr.iur. Friedrich-Wilhelm Schломann,
D-Königswinter/Bonn

Nach Erkenntnissen des Nachrichtendienstes des Bundes (NDB) sind seit August 2016 keine weiteren Personen aus der Schweiz zu den «Heiligen Kämpfern» in Syrien gezogen. Gemäss Äusserungen des Chefs NDB, Dr. Markus Seiler, hat die Bedrohung indes «ganz sicher nicht abgenommen». Ihm zufolge gibt es innerhalb der Schweiz 90 «Risikopersonen», von denen also eine ernsthafte Gefährdung im Sinne der Salafisten ausgeht. Sie ständig zu observieren, ist schon aus Personalmangel unmöglich. Der Inhalt der vom «Islamischen Staat» verbreiteten Propaganda konzentriert sich neuerdings vermehrt auf konkrete Anweisungen zur Durchführung von Anschlägen. Seit Anfang Juni wird von den «Gotteskriegern» sowohl in der Schweiz als ebenso in Deutschland sowie in Oesterreich unter dem Decknamen «We love Muhammed» ein

Buch zur Geschichte jenes Propheten verbreitet, das letztlich ebenfalls zur Propaganda für den «Heiligen Krieg» dient. Im Gegensatz zu ihrer früheren «Lies»-Aktion, die primär den Koran verherrlichte, verzichtet man jetzt auf Stände, so dass ihre Strassengänge nicht mehr angemeldet werden müssen und die Behörden bisher keine Handhabe des Einschreitens besitzen. Nach Mitteilungen bundesdeutscher Stellen befinden sich gegenwärtig 930 in Deutschland lebende Personen in Syrien, in Deutschland gibt es 675 «Risikopersonen».

Das britische Fernsehen schätzte nach den Anschlägen in Manchester und London die Anhänger Allahs auf dem Inselreich auf 9'000, was amtlicherseits indes als viel zu hoch geschätzt wird.



Impressum

Herausgeber: PIKOM, 5000 Aarau

Telefon: 079 302 10 09 – Fax: 031 981 39 82

Vorstand: Grossrat und alt Nationalrat Thomas Fuchs, Präsident, Bern – Nationalrätin Silvia Flückiger, Vizepräsidentin, Schöftland – Nationalrat, Gemeindeammann Andreas Glarner, Oberwil-Lieli – alt Grossrätin Claudia Gubler-Hofmann, Beinwil am See – Manuela Kumli, Geschäftsführerin, Reinach – alt Grossrat Gregor Biffiger, Berikon – alt Grossrat und Stadtrat Hans-Ulrich Gränicher, Revisor, Bern – Monika Kammermann, Revisorin, Bern – Pierre Juchli, Zürich – Janosch Weyermann, Bern
Homepage: www.pikom.ch
E-Mail: pikom@pikom.ch
PC-Konto: 60-76254-9
Layout: P. Hofstetter, Lurtigen
Erscheint mindestens 4 x jährlich

Eritreer machen Ferien im Heimatland

Von alt Nationalrat Bernhard Hess, Bern

Viele Eritreer fliegen regelmässig zurück in das Land, in dem sie angeblich «an Leib und Leben bedroht» sind. Die Flüchtlinge, die hier meist von Sozialhilfe leben, sind für das Land auch willkommene Devisenbeschaffer.

(Fortsetzung Artikel «Eritreer mehrheitlich Wirtschaftsmigranten», PIKOM-Info 2/2017)

Gerade in der aktuellen Ferienzeit fliegen wieder Tausende von Personen in ihre Sommerferien. Darunter sind auch zahlreiche Leute aus Eritrea, Männer, Frauen, ganze Familien. Trotz abgelehntem Asylantrag haben sie Reiseausweise als Flüchtlinge oder als vorläufig Aufgenommene. Die Kantone haben die Dokumente ausgestellt, nachdem die Eritreer ein Gesuch eingereicht haben und dies vom Bund geprüft worden ist. Immerhin hat der Nationalrat nun beschlossen, diesem Treiben teilweise ein Ende zu setzen, ein generelles Reiseverbot für vorläufig Aufgenommene beschlossen. Doch bis dieses Verbot wirksam werden kann, werden wohl noch Monate vergehen.

Nach wie vor fliegen viele Eritreer nicht etwa nach Italien, Deutschland oder nach Schweden, wo es grosse Diaspora-Gemeinden aus Eritrea gibt. Sie fliegen in ihre Heimat. Also in das Land, in dem sie gemäss der Flüchtlingspolitik von Bundesrätin Simonetta Sommaruga «an Leib und Leben bedroht» sind und darum nach einem abgewiesenen Asylantrag zurzeit keinesfalls zurückgeschafft werden können.

Selbstverständlich führt die Reise jedoch nicht direkt nach Eritrea, denn solche Flüge gibt es ab Zürich oder Genf gar nicht, sondern, über eine Zwischenstation, zum Beispiel via Istanbul. Von dort geht es in die sudanesishe Hauptstadt Khartoum oder nach Äthiopien in die Hauptstadt Addis Abeba. Hin- und Rückflug via Istanbul kosten in der Hochsaison im Sommer rund 650 Franken. Im Sudan oder in Äthiopien besteigen die Eritreer schliesslich Busse, die sie in ein paar Tagen in ihre Heimat bringen. Ab Khartoum existieren auch Flüge, die nach rund einer Stunde in der eritreischen Hauptstadt Asmara landen. Vier von fünf Eritreern in der

5 volle Stadien voller Sozialhilfeempfänger

In der Schweiz leben beinahe 36'000 Eritreer. Von ihnen leben gemäss Statistik über 80 Prozent von der Sozialhilfe. Bildlich dargestellt: Das Eishockeystadion in Langnau im Emmental hat ein Fassungsvermögen von 6'000 Personen. Sechs volle Iffishallen entsprechen der eritreischen Bevölkerung in der Schweiz. Davon arbeitet jedoch nur eine Iffishalle; fünf volle Stadien leben von der Sozialhilfe.

Schweiz beziehen Sozialhilfe. Diese ist offenbar so grosszügig bemessen, dass es vielen möglich ist, damit in ihre Heimat zu reisen.

Bislang sagte das Staatssekretariat für Migration (SEM) jeweils, weil es keine Direktflüge gebe, sei schwer festzustellen, wer über ein Nachbarland nach Eritrea reise. Es handle sich angeblich bloss um einige wenige Personen, die den Asylstatus so missbrauchen würden. So wurden demnach jährlich auch nur rund 20 Verdachtsfälle überprüft.

Devisenbeschaffer

Schliesslich wurde bekannt, dass 2016 nur sechs Verfahren zur Aberkennung des Asylstatus erfolgreich durchgeführt wurden. 2015 waren es sieben Verfahren gewesen. Dies, obwohl jedes Jahr Tausende von Bewilligungen für Auslandsreisen erteilt werden. Zwischen 2010 und 2014 wurden gesamtschweizerisch 46'213 Gesuche für Auslandsreisen von Flüchtlingen, vorläufig Aufgenommenen und Asylbewerbern eingereicht und 45'080 davon (97,5 Prozent) auch bewilligt. Rund 15'000 davon stammen von Eritreern. Alles bloss Einzelfälle oder doch ein massenweise auftretendes Phänomen?

Diese Erkenntnisse vom letzten Sommer landeten noch im Juli 2016 bei der SVP des Kantons Zürich und von dort über den Kantonsrat Claudio Schmid (SVP) auch auf dem Tisch des Zürcher SP-Regierungsrates und Sicherheitsdirektors Mario Fehr. Dieser informierte dann auch das kantonale Migrationsamt. Dessen Chef, Urs Betschart, ehemaliger stellvertretender Direktor des SEM, als es noch Bundesamt für Migration hiess, meldete sich in Bern und bat um weitere Abklärungen. Dies jedoch ohne Erfolg: Das SEM verwies einmal mehr auf die Schwierigkeiten, den Missbrauch nachzuweisen. Gemäss Auskunft der Bundesbehörden würden die Eritreer gegenüber dem Zürcher Migrationsamt, neben den von der Schweiz ausgestellten Dokumenten auch die heimatlichen Reisedokumente benutzen.

Das bedeutet im Klartext, dass zahlreiche Eritreer, die mehrheitlich ihren eritreischen Pass im Asylverfahren nicht vorweisen können, plötzlich wieder über Reisedokumente verfügen, wenn sie auf Heimaturlaub fahren, entweder weil sie ihn den Schweizer Behörden unterschlagen oder weil sie vom eritreischen Konsulat in Genf oder anderswo neue Papiere erhalten haben. Die NZZ am Sonntag deckte bereits vor drei Jahren auf, dass die eritreische Vertretung in der Schweiz bei der eritreischen Diaspora in Europa nicht nur Steuern für das Heimatland eintreibt, sondern auch gleich Reisen nach Eritrea organisiert. Somit sind Flüchtlinge für das Land auch willkommene Devisenbeschaffer.

Offenbar ist aber auch das Staatssekretariat für Migration abseits der offiziellen Stellungnahmen nicht zufrieden mit der Situation. Es unternimmt Anstren-

gungen, um dem Problem auf den Grund zu gehen. Es habe nämlich, so berichtete das SEM dem Zürcher Migrationsamt als Antwort auf die Hinweise weiter, seit 2014 einen Migrationsattaché in der sudanesischen Hauptstadt Khartoum stationiert, also genau dort, wo die Eritreer auf Heimreise aus dem Flugzeug steigen. Dieser hat als eine Art Sonderermittler den Auftrag, die Passagierdaten bei den Airlines herauszufinden. Gemäss Auskunft des SEM an das Zürcher Migrationsamt waren die Fluggesellschaften allerdings nicht bereit, die Daten herauszugeben. Gemäss Sonntagszeitung plant das SEM nun eine Gesetzesänderung, um Reisen auch in Nachbarländer der ursprünglichen Heimat auszudehnen.

Reiseverbot für vorläufig Aufgenommene

Weil das SEM den Hinweisen vom Flughafen Zürich nicht weiter nachgehen wollte, gelangten die brisanten Informationen schliesslich auch an die Geschäftsprüfungskommission des Parlamentes. Diese hat die Angaben nun genauer überprüft. Am 1. Juni 2017 beschloss der Nationalrat immerhin ein generelles Reiseverbot für vorläufig Aufgenommene. Er hat Vorstösse der FDP- und SVP-Fraktion sowie des CVP-Präsidenten deutlich angenommen. Aus Sicht des Bundesrates ist ein solches Verbot unverhältnismässig.

Polizeieinsatz bei regimetreuer Eritreer-Feier

Eine regimetreue Gruppe Eritreer feierte in Schwarzenburg die Unabhängigkeit Eritreas. Dies führte zu Protesten und einem Polizeieinsatz.

Eine bizarre Feier von regimetreuen Eritreern im bernischen Schwarzenburg hat am 20. Mai 2017 für eine angespannte Lage gesorgt. Eine eritreische Gruppe habe die Mehrzweckanlage Pöschen für eine Familienfeier im Zusammenhang mit der Unabhängigkeit Eritreas gemietet, so der für Sicherheit zuständige EVP-Gemeinderat Daniel Rebetez. Der Anlass einer regimetreuen Gruppe sorgte aber für Protest. Ungefähr 50 vorwiegend junge Eritreer und Eritreerinnen aus der ganzen Schweiz kamen deshalb ins beschauliche Schwarzenburg, um gegen den Anlass zu demonstrieren. Laut Rebetez war der Protest «lautstark, aber friedlich». Da ein Teil aber auf der Kantonsstrasse stattfand, musste diese gesperrt und eine Umleitung eingerichtet werden. Beide Gruppen seien aus der ganzen Schweiz angereist.

Für uns stellt sich die Frage, ob hier einmal mehr unser allzugrosszügiges Asylrecht nicht ad Absurdum getrieben wird. Weshalb feiern regimetreue «Flüchtlinge» und – gemäss Zeitungsberichten der Berner Zeitung – sogar vorläufig Aufgenommene aus einem angeblichen Unrechtsregime in ihrem Gastland überschwänglich ihren Unabhängigkeitstag? Sollte man solchen Gästen und den vielen weiteren eritreischen Heimaturlaubern nicht schlicht einfach gute Heimreise wünschen?

33'130 eritreische Staatsangehörige anwesend, davon sind bereits 7'924 aus der Asylstatistik herausgefallen, die Kosten tragen in voller Höhe die Gemeinden. Sri Lanka 13'993 davon 4'222, Türkei 12'091 davon 10'702, Syrien 13'634 davon 1'382, Afghanistan 1'145 davon 978, Somalia 6'979 davon 2'979, Irak 6'164 davon 2'606, China 4'465 davon 541, Iran 2'505 davon tragen die Gemeinden für 1'021 die vollen Kosten. Das Ende des Asylstroms ist nicht in Sicht, für Gemeinden bedeutet dies, noch mehr Mittel fürs «Soziale» zu budgetieren.

33 Jahren und bringt viele Länder an den Abgrund. Der Zeitpunkt lässt sich berechnen: Die Schweiz kommt zu Eritrea, Deutschland zur Türkei, Niederlande zu Marokko, Frankreich zu Algerien, etc. Dazu kommt, wer auf diese Tatsachen aufmerksam macht, wird des Rassismus bezichtigt oder mindestens des Populismus beschrien.

Schweizer Exporte sind 2016 um 3,8 Prozent auf 210,7 Milliarden Franken geklettert

Die Importe nahmen um 4,1 Prozent auf 173,2 Milliarden Franken zu, auch der Überschuss in der Handelsbilanz erreichte mit 37,5 Milliarden Franken einen neuen Rekord.

Rückzug aus Personenfreizügigkeit und Schengen/Dublin

In den USA, Österreich, der Schweiz und Grossbritannien steht die Einwanderungspolitik unter Beschuss. US-Präsident Donald Trump will «Jobs aus dem Ausland zurückholen», die britische Premierministerin Theresa May gab den konsequenten Rückzug aus dem EU-Binnenmarkt und der Personenfreizügigkeit bekannt, Österreichs Aussenminister Sebastian Kunz fällt am WEF mit klaren Aussagen zur EU-Flüchtlingspolitik und funktionierenden Grenzen auf, in der Schweiz macht die AUNS «Aktion für eine unabhängige und neutrale Schweiz» auf sich aufmerksam, prüft mittels zweier Volksinitiativen, sowohl die Probleme mit der Personenfreizügigkeit als auch das Schengen-Abkommen in den Griff zu kriegen. Die SVP konzentriert sich auf den Kampf gegen das institutionelle Rahmenabkommen und möchte auch die Personenfreizügigkeit für immer unterbinden.

Auf der Asylschiene ins Sozialsystem

Der Bund zahlt den Kantonen und Gemeinden fünf Jahre lang eine Pauschale von 1'500.– Franken in die Sozialhilfe pro Person und Monat. Diese Pauschale beinhaltet auch Bildungs-, Gesundheits- und andere Kosten. Nach fünf Jahren müssen die Gemeinden die Gesamten Kosten tragen. Per 31. Dezember 2015 waren in der Schweiz

EU-Gerichtshof in Luxemburg muss über Flüchtlingsumverteilung entscheiden

Insgesamt sollen bis September 2017 rund 120'000 Asylsuchende auf die EU-Mitgliedstaaten umverteilt werden. Mehrere osteuropäische Staaten weigern sich (Ungarn, Slowakei, Rumänien, Tschechien) weigern sich, Flüchtlinge aufzunehmen. Das Ganze sei «nicht effizient», unter dem Mäntelchen der Solidarität versuche man die Schwächen dieses Beschlusses zu vertuschen. Die Schweiz macht freiwillig mit der Übernahme von 1'500 Flüchtlingen an der Umverteilung mit, gemäss EU-Kommission kamen bis heute 597 aus Italien und 317 aus Griechenland.

EU kündigt 200 Millionen Euro zusätzliche Hilfgelder für Somalia an

Somalias Präsident Mohamed Abdullahi Mohamed rief die internationale Gemeinschaft zur Hilfe auf. Er werde alles tun, um Somalias grösste Feinde, Terrorismus, Korruption und Armut, zu bekämpfen. Rund 6,7 Millionen Somalier, etwa die Hälfte der Bevölkerung, brauchen nach UNO-Angaben Hilfe. Am Treffen für den Krisenstaat Somalia in London war auch die Schweiz mit einer Delegation vertreten.

Afrikanisierung Europas in vollem Gang

Europa hat zuwenig Kinder, durchschnittlich gebärt die europäische Frau 1,4 Kinder, 2,1 werden statistisch als stabil angesehen. Afrikanische Frauen gebären durchschnittlich je nach Land 5,5 bis 6,5 Kinder. Der massive Schwund der Völker Europas bei gleichzeitiger Masseneinwanderung aus Afrika bewirkt den Untergang Europas. Im afrikanischen Kontinent verdoppelt sich die Bevölkerung innert

Umsetzung des Volkswillens zur Zuwanderung

Die Personenfreizügigkeit gibt allen EU-Bürgern das Recht, im «Nichtmitgliedland» Schweiz zu leben und beruflich tätig zu sein. Dies führt zusammen mit der endlosen Armutseinwanderung im Asylwesen zu einer Situation, welche unser Land nicht verkraften kann. Es ist für uns als souveräne Nation zwingend, dass wir die Zuwanderung wieder eigenständig steuern, ansonsten riskieren wir, Wohlstand und Lebensqualität für immer zu verlieren.

Im Kindergarten Suhr sind 1 Schweizer und 19 Ausländer

In der Kindergarten-Klasse am Schanzenweg in Suhr haben fast alle Kinder ausländische Wurzeln, stammen aus Albanien, Eritrea, der Türkei und Pakistan, nur drei Kinder sprachen beim Eintritt Mundart. Kinder lernen schnell, bereits nach neun Monaten haben die Kinder enorme Fortschritte gemacht, fast alle verstehen jetzt Deutsch. Die Sprachprobleme und kulturellen Unterschiede verlangsamen jedoch den Alltag stark, beim Übertritt in die erste Klasse bestehen enorme Defizite.

Armut hat in der Schweiz zugenommen

2015 waren rund 570'000 Menschen oder 7,0 Prozent von der Einkommensarmut der ständigen Wohnbevölkerung betroffen. Im Jahre zuvor waren es noch 530'000 Menschen oder 6,6 Prozent. Das Hilfswerk Caritas spricht von erschreckenden Zahlen.



Endlich (minimale) Verschärfungen bei Einbürgerungen!



Von
Sandra Schneider,
Stadträtin, Vize-
präsidentin Junge
SVP Kanton Bern,
2502 Biel/Bienne

Das Eidgenössische Parlament hat vor geraumer Zeit die (nationalen) Einbürgerungsbestimmungen verschärft. Diese treten ab 2018 in Kraft und verlangen von den Gesuchstellern unter anderem neu zwingend den Niederlassungsausweis (C-Ausweis). Diese, zugegeben massvollen, Verschärfungen haben nun dazu geführt, dass die Einbürgerungsgesuche massiv in die Höhe geschneit sind. In den ersten sechs Monaten des laufenden Jahres haben sich fast 21'000 Personen einbürgern lassen. Im Vergleich zum Vorjahr ist das ein Anstieg von sieben Prozent. Wegen der bevorstehenden Gesetzesänderung wird sogar ein neuer Rekord erwartet, welcher den bisherigen Spitzenwert aus dem Jahr 2006 mit 47'607 Einbürgerungen übertreffen könnte.

Einen Beitrag für diese sprunghafte Entwicklung haben aber auch linke Kreise geleistet. Sie rufen Ausländer aktiv auf, noch rasch ein Einbürgerungsgesuch zu den bisherigen, lascheren Auflagen einzureichen. Noch weiter geht die linke Zürcher Stadtregierung: Sie hat den rund 40'000 in der Stadt Zürich lebenden Ausländern ein Schreiben zugesandt und auf die neuen Bestimmungen hingewiesen, welche ab 2018 in Kraft treten. Ganz so uneigennützig ist dieses Vorgehen aber nicht: Die Linke erhofft sich durch den massenhaften Ansturm auf den Schweizer Pass eine Verbreiterung ihrer Wählerbasis. Dass es viele Leute gibt, welche jetzt noch einen Schweizer Pass ergattern wollen, ist aus Sicht der Gesuchsteller sicher nachvollziehbar. Im Zentrum des Einbürgerungsverfahrens soll und muss aber die – erfolgte! – Integration stehen. Dazu kann man Personen aus dem Asylbereich, welche heute mit dem Status als «vorläufig Aufgenommene» in unserem Land leben, nur schlecht zählen.

Kürzlich hat ein Fall einer in der Schweiz geborenen und hier aufgewachsenen Türkin für Aufsehen erregt, weil die Wohngemeinde am Einbürgerungsgespräch teils absurde Fragen stellte und das Gesuch der Frau daraufhin ablehnte. Diese scheinbar irrationale Entscheidung kann man durchaus als Behör-

denwillkür ansehen. Als Beleg für übertrieben hohe Anforderungen bei Einbürgerungen dient dieser Einzelfall aber nicht. Im Gegenteil: In den letzten 20 Jahren, zwischen 1996 und 2016, wurden über 720'000 Ausländer in der Schweiz eingebürgert. Zwei von drei Gesuchen wurden über das ordentliche Einbürgerungsverfahren abgewickelt. Und im europäischen Vergleich gehört die Schweiz zu den Ländern mit der höchsten Einbürgerungsquote.

In der jüngeren Vergangenheit herrschte also das andere Extrem: die Einbürgerungsbestimmungen waren viel zu lasch, die Hürden sehr tief, und dadurch erhielten oftmals Leute den Schweizer Pass, welche ungenügend integriert und teilweise keiner Landessprache mächtig waren und sind. Dass nun vernünftige, aber dringend notwendige Verschärfungen vorgenommen werden, ist nicht zuletzt der hartnäckigen Politik der SVP zu verdanken. Im Kanton Bern reüssiert die Junge SVP im Jahr 2013 mit ihrer Volksinitiative «Keine Einbürgerung von Kriminellen und Sozialhilfeempfängern». Seitdem gelten klare Einbürgerungsbestimmungen, welche in der Kantonsverfassung verankert sind. Eine der Vorgaben ist dabei auch, dass Gesuchsteller über einen Niederlassungsausweis verfügen müssen. Für einmal waren die Berner also schneller als die übrige Schweiz.

CIA: Vor türkischem Bürgerkrieg in Deutschland?

Von Dr. iur. Friedrich-Wilhelm Schломann,
D-Königswinter/Bonn

Vor rund fünf Jahren kursierte in Washington-Langley eine vertrauliche Studie, die schon damals sorgenvolle Unruhen bis hin zu bürgerkriegsähnlichen Aufständen von Türken in Deutschland für nicht unwahrscheinlich erachtete. Damals lachte man in Politikerkreisen Berlins über dieses Papier, heute scheint man allmählich aufzuwachen – zumindest in einigen Bundesländern. Bereits zu DDR-Zeiten erhielten türkische Gastarbeiter im westlichen Teil Deutschlands von einer Stelle in Leipzig zahlreiche Schriften, die gegen die Bundesregierung und generell die westliche Lebensart schimpften; nicht immer war deren Inhalt erfolglos, zumal die Empfänger sich in ihrer Mentalität oft schlechter behandelt fühlten als ihre hiesigen italienischen oder spanischen Arbeitskollegen.

Heute leben in der Bundesrepublik mehr als drei Millionen Menschen türkischer Herkunft, von denen rund die Hälfte die deutsche Staatsangehörigkeit besitzt; gewiss werden manche ihren jetzigen Wohnort als ihre wahre Heimat ansehen, der grös-

te Teil aber scheint den Parolen Erdogans zu folgen. Während der jüngsten Zeit hat die ohnehin massive Hasspropaganda Ankaras gegen Deutschland in ihrem Umfang durch die verschiedensten Medien und auch in ihrer Diktion stark zugenommen. Behauptungen, Kanzlerin Merkel sei schlimmer als Hitler, sind inzwischen üblicher Jargon geworden. Dass etwa die «Süddeutsche Zeitung» kürzlich in einer ganzseitigen Anzeige diese Propaganda der türkischen Regierung übernahm, beweist, dass man vielerorts keinerlei Gespür für die aufkommenden Gefahren hat – wie man damals auch die Salafisten jahrelang unterschätzte.

Hatte der türkische Geheimdienst MIT bisher versucht, von deutschen Stellen eingesetzte Dolmetscher für sich zu gewinnen, bemüht er sich neuerdings, den deutschen Verfassungsschutz durch Einschleusung entsprechender «Bewerber» zu unterwandern. Der hessische Verfassungsschutz stellte unlängst eine türkische Polizistin als Sicherheitsrisiko dar, dennoch geschah von höherer Ebene – wieder einmal – nichts. Geleitet werden diese verschiedenen Infiltrations-Bemühungen primär durch die türkischen Konsulate in Frankfurt a/M und

Mainz. Ende Juli sah sich der Präsident des Bundesamtes für Verfassungsschutz angesichts dieser Situation gezwungen, den türkischen Geheimdienst in Deutschland offen als «Gegner» zu bezeichnen – mit dem man jahrelang gegen den «Islamischen Staat» zusammen gearbeitet hatte!

Sorgen bereiten Kenner ebenfalls, die Hasspropaganda Ankaras könnte die aufgeheizten Türken zu grösseren gewalttätigen Unruhen verführen. Der erst kürzlich erschienene, überaus seriöse Verfassungsschutzbericht Österreichs sieht türkische Protestaktionen und aufstandsartige Auseinandersetzungen kommen und schreibt dazu, die Gefährdung des öffentlichen Lebens der Alpenrepublik «ist im gegenwärtigen Zeitpunkt als hoch einzuschätzen». Das mag für Deutschland heute und wohl auch für morgen nicht zutreffen. Dennoch sollten sich die verantwortlichen Stellen mit der Möglichkeit eines Aufstandes von vielleicht 100'000 fanatischen Türken etwa im Ruhrgebiet und den Gegen-Massnahmen der zumindest unvorbereiteten Polizei auseinandersetzen. Nach einer trotz aller Warnungen erfolgten Katastrophe will bekanntlich niemand die Verantwortung übernehmen...

Unser Wille zur Selbstbehauptung ist geschwunden

Johann Ulrich Schlegel, der Schweizer Historiker und Jurist, hat ein neues Buch geschrieben, das die Gemüter bewegt. Schon der Titel lässt aufhorchen: «Der Terror und die Freiheit».*



Herr Schlegel: Was hat Sie dazu bewogen, innerhalb rund eines Jahres erneut ein Buch zu schreiben?

Ich habe mich ein ganzes Leben mit aktuellen Ereignissen aus Politik, Recht und Kultur beschäftigt. Wenn man aktuelle Ereignisse verstehen will, muss man sehen, wie sie sich entwickelt haben, was geschehen ist, bis sie schliesslich bei uns angelangt sind, wie wir sie augenblicklich erleben. Dieses Verständnis verlangt geschichtliches Verständnis. So bin ich Historiker geworden.

Im vorangegangenen Buch «Achterbahn des Rechts» befasste ich mich mit unserem Rechtsstaat. Welche Ereignisse führten zu ihm? Aber eben – welche Ereignisse vermögen ihn auch wieder zu zerstören?

Ist in diesem Sinn Ihr neuestes Buch «Der Terror und die Freiheit» auch wieder ein Geschichtsbuch?

Ja und nein. Es ist insofern ein Geschichtsbuch, als ich auf historische Ereignisse zurückgreife; und mit diesen erkläre ich die Gegenwart. Wenn in der «Achterbahn des Rechts» die Einschränkung auf das Rechtliche besteht, greife ich in «Der Terror und die Freiheit» darüber hinaus in die allgemeine Welt unseres heutigen Lebens, in unsere heutige Gesellschaft und Politik.

Die rein fachhistorischen Erklärungen über die Entwicklungen unserer Gegenwart, wie sie zustande kam, genügen m. E. nur halb. Ich postuliere, dass angesichts weitgespannter, hochgradig wirkender geistiger Entwicklungen die Klärung der Frage, was geschah, bis etwas heutige Aktualität wurde, einer grundsätzlichen wissenschaftstheoretischen und analytischen Erweiterung bedarf.

Das klingt sehr abstrakt. Wie sieht diese Erweiterung konkret aus?

In «Der Terror und die Freiheit» mache ich mir Gedanken darüber, was die Menschen bewegt hat, rational die verschiedenen Geistesrichtungen ein-

zuschlagen. Denn diese prallen oft heftig aufeinander und prägen uns gerade heute in stärkerem Ausmass als eh und je.

Wenn Sie von Geistesrichtungen sprechen, denkt man schnell einmal an Ideologien und Parteien, gerade an die diversen Parteien und Parteinarbeiten in der Politik. Sind die politischen Parteien ein Problem?

Parteien werden immer dann zum Problem und weniger zur Lösung, wenn sie fanatisch zu werden drohen. Dabei können sich auch mehrere Parteien latent, also nicht offen erkennbar, zusammenschliessen. Diese meinungsmässigen oder ideologischen Zusammenschlüsse verwischen jedoch nicht das Problem, dass starre Meinungsfixierungen noch zementiert werden. Wenn eine Instanz, ein Mainstream, beansprucht, im Alleinbesitz der richtigen Meinung zu sein, engt dies Lösungsversuche ein. Einfalt greift um sich. Vielfalt prägt aber gerade unsere heutige Realität.

Einschränkende Tendenzen zeichnen sich heute ab. Mit Verwunderung konstatieren wir dann, dass heftige Ausschläge einer Gegenreaktion sich einstellen.

Diesen Hintergründen spüre ich nach. Das Buch «Der Terror und die Freiheit» ist von daher auch ein Philosophiebuch. Ich möchte sogar sagen ein Philosophielesebuch.

Sie gehen also davon aus, dass Sie die heutige Welt mit Philosophie erklären können?

Ja, wenn wir sie bodennah, nahe bei den konkreten Ereignissen, also historisch abstützen. Die Philosophie liefert die Theorien, das Allgemeine, oft auch Regeln, gemäss welchen Ereignisse ablaufen.

Ihr Buch gleicht über weite Strecken auch einer Sammlung von Aufsätzen. Sie durchstreifen die Weltgeschichte nach Beispielen von Ereignissen und Philosophen. Ist das nicht etwas willkürlich?

Ich musste ja eine Auswahl treffen. Bei dieser Auswahl messe ich dem Beispiel eine grosse Bedeutung bei. Der grosse römische Philosoph und Schriftsteller Lucius Annaeus Seneca hat es vor fast genau 2'000 Jahren in unübertroffener Präzision und Klarheit auf den Punkt gebracht: «Lang ist

der Weg durch Lehren, kurz und erfolgreich durch Beispiele.»

Ich weise darauf hin: wie oft haben wir Menschen, darunter allergrösste Geister, sich in der Lehre und damit eben in der Theorie, der Meinung, geirrt, beim konkreten Beispiel – und das ist die Praxis – grossen Erfolg erzielt.

Aber jetzt nochmals, Herr Schlegel, wie haben Sie denn die Figuren und Geschehnisse ausgewählt?

Lassen Sie mich diese Frage in zwei Teilen beantworten! Einerseits suchte ich nach den ganz grossen Philosophen unserer Kultur und Zivilisation. Andererseits wählte ich auch geniale Köpfe aus, die einfach durch die blossen Gewalt und Macht ihres



Auftretens Geschichte machten. Und so ist es auch in der heutigen, reinen Politik. Ich meine mit reiner Politik das Werben für sich und seine Ideen in der Abgrenzung zum rein Fachlichen wie des Handwerks, des Verfertigen eines Gegenstandes. Drei Bereiche prägen unseren Alltag. Erstens die Denkhaltung oder Philosophie, sodann die Politiker und drittens der Handwerker oder Werk tätige.

Ich stelle gute und schlechte Beispiele des praktischen Bereichs, also der Geschichte, und des geistigen Bereichs, hier der Philosophie oder der Ideologien, einander gegenüber. Und ich zeige nachdrücklich auf, wie selbst Gut und Böse dabei oft ineinander übergehen, ja nicht selten im Hinblick auf das uns alle immer wieder prägende Siegerprinzip sich sogar als austauschbar erweisen.

Kurz gefasst: durch die Brille der ganz Grossen und auch grosser Ereignisse will ich erklären, warum wir heute so und nicht ganz anders sind.

Sie stellen in Ihrem neuen Buch auch recht gewöhnliche Beispiele vor, so etwa Ausschnitte aus Ihrem

Tagebuch in Bezug auf Rom, die Katholische Kirche und den Papst. Mussten diese Abschnitte ins Thema eingebunden werden?

Da sind wir bei Alltagsereignissen. Wenn wir das Leben kennenlernen wollen, müssen wir nicht nur aufmerksam in der Schule dem Geschichtsunterricht des Lehrers folgen. Diese Lehrer unterrichten oft zu abstrakt. Sie dringen zu wenig zum gewöhnlichen Alltag vor. Denn genau dieser kann uns in der erwähnten Beispielfunktion des erwähnten Seneca die Augen für mehr öffnen als die schulische Instruktion abstrakter Bündnissysteme, Friedensschlüsse und Kriegserklärungen oder was noch schlimmer ist, etwa das heutige Auswendiglernen der Einzelteile einer Ritterrüstung oder Klosteranlage. Ich will eine Brücke schlagen zwischen entrücktem Intellektuellem, dem Bewohner des Elfenbeinturms, und dem Werk tätigen, der im konkreten Alltag steht. Letzterer kann sowohl ein Handwerker als auch ein Pfarrer bei seiner Arbeit sein.

Nur jeweils einen Bereich in der Vielgestaltigkeit des Lebens, das gerade auch in seinen Verästelungen so oft dualistisch ist, zu sehen, ist einseitig. «Das Ganze erst,» und ich zitiere damit den auch im Buch behandelten Philosophen Georg Wilhelm Friedrich Hegel, «ist die Wahrheit.»

Bei Ihrer Erforschung dieses Ganzen, diesem Zusammenwirken verschiedenster, ja oft gegenteiliger gesellschaftlicher Kräfte, gelangen sie zu apokalyptischen, die Gemüter jedenfalls erregenden Schlussfolgerungen. Glauben Sie nicht an den Fortschritt?

Wie ich es schon angedeutet habe, und wie so oft im Leben, hat alles auch eine Kehrseite. Wir müssen mindestens diese jeweiligen beiden Seiten berücksichtigen, um wenigstens die Chance zu bekommen, uns dem Ganzen anzunähern.

Wie die meisten unter uns, glaube ich an den Fortschritt. Aber die jeweils andere Seite, das Gegenstück auszublenden, kann fatale Folgen haben. Diese Folgen sind zum Beispiel im Bereich des Fortschritts, ähnlich einem Schatten des Lichts, schädliche Nebenfolgen.

Im Bereich der Technik ist dieses Problem uns allen bewusst und eher leichter einsehbar, weil die Technik viel exakter zu arbeiten vermag, als wenn wir versuchen, jeweiligen angeblich rational angepackten Fortschritt in Gesellschaft, Staat und Völkerverständigung zu verwirklichen.

Und so erweisen sich die in Gesellschaft und Politik einstellenden Nebenfolgen schadensträchtig und als noch gefährlicher.

Wie sehen Sie diese Gefahr konkret?

Wir befinden uns seit exakt 15 Jahren, seit 2001, als mit 9/11 der schreckliche, kriegsmässige Grossangriff auf Amerika erfolgte, und als der amerikanische Präsident unmittelbar darauf zum globalen

Krieg gegen den Terror aufrief, in einer weltpolitischen Schiefelage. Amerika und noch mehr Europa sind seit Beginn dieses Krieges immer unsicherer geworden. In diese Unsicherheit hinein hat sich gleichsam ein psychologischer Virus eingenistet. Unser Wille zur Selbstbehauptung ist geschwunden. Unsere Werte, ins Unermessliche überdehnt, beginnen zu brechen. Wir weichen zurück in einen immer realitätsferneren Konsumgigantismus. Wir werden immer mehr zu überalterten Kindern. Für eine auch nur annähernd als Kriegssituation einzustufende gesellschaftliche und politische Gemengelage aber wirkt das wie ein Gift, das paralyisiert. Wir sind gelähmt.

Wozu könnte eine solche Lähmung, die demzufolge geistiger Natur ist, führen?

Man braucht keine Militärakademie zu besuchen, um rein logisch festzustellen, dass im Kräftespiel der Mächte somit robustere Gesellschaften und Kulturen das Szepter eher leicht übernehmen könnten. Wir eröffnen ungewollt unserem Gegenspieler oder jenen, die von den Amerikanern und der EU als Feinde eingestuft werden, die Chance ihres Aufstiegs und Sieges. Oder kürzer: wir sind so weit gekommen, dass unser allfälliger Gegner ein derart leichtes Spiel hat, dass er sich bloss in etwas Geduld üben oder warten muss, bis wir uns ganz von selbst verderben und damit auch besiegen, ja beiseitigen lassen. Unser aktuelles Verhalten gleicht einem Selbstmord auf Raten.

Herr Schlegel, wir danken Ihnen für dieses Gespräch.



Tatsachen.

Von Tis Hagmann, Büro Ha, 5042 Hirschthal

Malmö ist eine verlorene Stadt. Schweden hat in den letzten zwei Jahren gut 200'000 Asylanten aufgenommen bzw. erduldet. Völlig unkontrolliert. Malmö hat einen Ausländeranteil von gut 32%, im Stadtteil Rosengård sind es gut 60%. Nach amtlichen Berichten hat die Polizei die Kontrolle über die Stadt verloren. Der Stadtteil Rosengård gehört zu den kriminellsten Gebieten Schwedens. 50% Arbeitslosigkeit, 90% der Zuwanderer stammen aus Syrien, Irak, Somalia und dem Balkan. Ethnische Konflikte (Amtsdeutsch) sind hier an der Tagesordnung. In der Umgangssprache nennt man das «Bandenkriege» und organisiertes Verbrechen. Aus Sicherheitsgründen musste bereits eine Schule geschlossen werden. Die Stadt hat 300'000 Einwohner und 850 Polizisten. Sogar die Polizei wird ausgeraubt und deren Autos gestohlen. Auf den Polizeikarten werden in Schweden 55 sog. «No Go Zonen» geführt. Weibliche Polizeiangehörige gehen niemals sogar nur zu zweit in den Einsatz. Jeden Monat werden in Malmö ca. 70 Fahrzeuge angezündet. Waffen werden in Massen konfisziert. **Der Polizeichef sagt:** «die Polizei hat die Kontrolle über Malmö verloren. Wir brauchen dringend Hilfe vom Militär. Weil die Banden über umfangreiche Waffenarsenale verfügen. Inklusive Panzerabwehrwaffen und schwere Maschinengewehre». Alles O-Ton von offiziellen schwedischen Stellen. So weit kommt es mit ungebremster Zuwanderung, dem Dulden von Illegalen und der Gleichgültigkeits-Haltung der Regierung. Darüber berichtet in der Schweiz niemand. Es ist nur noch eine Frage der Zeit, bis sich diese Zustände verlagern...

Kluger Rat ist Notvorrat. Es ist noch nicht lange her, dass solche Plakate und die Vorsorge bestanden. Aufgrund einer Studie des Bundesrates, haben heute 70% der befragten Bevölkerung keinen Notvorrat, das heisst für einige Tage Versorgung. Wir haben noch nicht von definierten Mengen gesprochen! Wenn also die Stromversorgung ausfällt, kann auch nicht mehr eingekauft werden, weil ja die Kasse nicht mehr funktioniert. Und nach maximal 3 Tagen setzen die ersten Plünderungen und Unruhen ein. Siehe Szenario «Strommangellage» der letzten grossen Übung auf nationaler Ebene. Ohne Vorkehrungen direkt ins Chaos. So weit sind wir.

Spenden in WIR

Sie können Spenden an PIKOM auch in WIR tätigen.

Spenden in WIR bitte BA an PIKOM, 5000 Aarau senden.

PIKOM dankt herzlich für Ihre Unterstützung.



«Istanbul ist der passende Ort für diese Konferenz»

Von Saïda Keller-Messahli

Der Islamische Zentralrat führt seine grosse Konferenz nun nicht in der Schweiz, sondern in der Türkei durch. Das sei gut so, findet die Präsidentin des Forums für einen fortschrittlichen Islam.

Frau Keller-Messahli, der IZRS führt seine Islam-Konferenz nun in Istanbul durch. Was sagen Sie dazu?

Das ist eine sehr gute Nachricht. Eine solche Konferenz passt viel besser zur islamistischen türkischen Politik als zur Schweiz. Das ist der richtige Ort.

Warum gehört eine solche Konferenz nicht nach Zürich?

Wir haben in der Schweiz schon genug Probleme mit dem Salafismus. Der IZRS ist nur die Spitze des

Eisbergs, in den Schweizer Moscheen gibt es viele Imame, die Ähnliches vertreten. Da braucht es nicht noch einen grossen Anlass in unserem Land, der zusätzlich Öl ins Feuer giesst und wie ein Brandbeschleuniger wirkt.

Wie erklären Sie es, dass der IZRS sich für Istanbul als Veranstaltungsort entschieden hat?

Das ist eine logische Wahl. Die türkische Regierung steht dem Salafismus positiv gegenüber. Beispiele aus Deutschland zeigen etwa, wie eng die Beziehungen und Verflechtungen der radikalen Islamisten mit der Union Europäisch-Türkischer Demokraten sind sowie mit der Diyanet, die der türkischen Regierung unterstellt ist. Wie die meisten Salafisten sind auch die Leute vom IZRS Erdogan-freundlich. Ich gehe davon aus, dass die Konferenz in Istanbul mit dem Segen der türkischen Behörden stattfindet.

Der IZRS bemängelt, in der Schweiz werde ihm das Recht auf Versammlungs- und Meinungsäusserungsfreiheit verwehrt.

Auch die Meinungsäusserungsfreiheit hat Grenzen. Wer – wie der IZRS – letztlich die Scharia einführen will, arbeitet gegen die demokratische Gesellschaft. Der IZRS kann sich nicht ständig auf die Werte der Demokratie berufen, solange er gegen diese demokratische Gesellschaft agiert. Ich begrüsse deshalb die Zivilcourage jener, die den IZRS stoppen, indem sie ihm keine Räumlichkeiten vermieten.

Sie finden auf unserer Homepage laufend die aktuellsten Informationen zur Ausländerpolitik der Schweiz.
www.pikom.ch

Vortrag von Div aD Peter Regli

PRO LIBERTATE



zum aktuellen Thema

«Unsere nationale Sicherheit – ist sie im neuen Jahr noch gewährleistet?»

**Bern: Donnerstag, 5. Oktober 2017, Kaserne Bern, Auditorium, Papiermühlestrasse 13, 3013 Bern
(Navigationsystem: Kasernenstrasse 27)
18.45 Uhr Apéro
19.30 Uhr Referat**

- Ich will Mitglied werden Ich wünsche Infos
 Bestellung Broschüre «Gotteskrieger» (Preis Fr. 8.–)

Machen Sie nicht länger die Faust im Sack!

Treten Sie dem PIKOM bei, welches sich zum Ziel gesetzt hat, die Öffentlichkeit über die wahren Fakten und Entwicklungen im Bereich der Ausländerpolitik zu informieren. Der jährliche Beitrag beträgt Fr. 65.–. Sie erhalten einen Einzahlungsschein für den Jahresbeitrag.

Name: _____

Vorname: _____

Strasse/Nr.: _____

PLZ: _____ Ort: _____

Telefon: _____

E-Mail: _____

Einsenden an: PIKOM, 5000 Aarau - Fax 031 981 39 82

www.pikom.ch

Mitglieder werben und gewinnen!

Wer ein Neumitglied wirbt, nimmt an der Verlosung eines Nachtessens mit einem Vorstandsmitglied nach Wahl teil. Der Gewinner bestimmt das Restaurant. PIKOM übernimmt die Rechnung.

Geworben durch:

Name: _____

Vorname: _____

Strasse/Nr.: _____

PLZ: _____ Ort: _____

Telefon: _____

E-Mail: _____